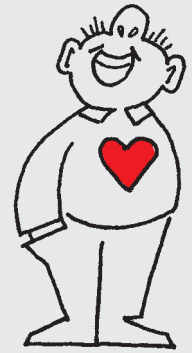


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

4/2013

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Der eine oder andere Leser wird sich vielleicht erinnern. Vor fast fünf Jahren wurden mit Mehrheitsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung

75 % der Stadtwerke verkauft.

Unsere Partei und Fraktion hielt das damals für den falschen Weg, und wir machten von unserem Recht Gebrauch, gegen diese Entscheidung ein Bürgerbegehren durchzuführen. Nachdem mehr als 10 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger das Begehren unterschrieben hatten, reichten wir es ordnungsgemäß im Rathaus ein. Dafür

Eine fast unendliche Geschichte

stand uns laut Kommunalverfassung ein Zeitraum von sechs Wochen nach der Beschlussfassung der SVV zur Verfügung. In dieser Zeit vollzog der Bürgermeister aber die Vertragsunterzeichnung mit der GASAG zum Verkauf der Stadtwerkeanteile. Anschließend lehnte die SVV wiederum mit Mehrheit der anderen Fraktionen die Durchführung des Bürgerentscheids ab.

Gegen diese Entscheidung erhoben wir Klage vor dem Verwaltungsgericht Cottbus. Wir ahnten, dass es ein langer Weg werden würde, allerdings sollte eine Entscheidung wenigstens in dieser Wahl-

periode fallen. Heute wissen wir, dass dies ein Irrtum war. Im ersten Teil der Klage, der unsere Mitwirkungsrechte als Stadtverordnete in der SVV beinhaltete, erhielten wir vor Gericht Recht. Im zweiten Verfahren, in dem es im Kern um die Durchführung des Bürgerentscheids geht, haben wir in erster Instanz in der entscheidenden Frage keine Antwort erhalten. Unsere Klage wurde abgewiesen, weil ein Bürgerentscheid zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr möglich wäre. Die Stadtwerke existieren nämlich in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr. Damit ist die für uns entscheidende Frage, ob letztendlich die vorweggenommene Vertragsunterzeichnung durch den Bürgermeister ein Verstoß gegen geltendes Recht war oder nicht, vom Gericht nicht beantwortet worden. Deshalb müssen wir nun mit dieser Frage zum Oberverwaltungsgericht des Landes gehen. Wir hoffen, dass wir dann endlich eine rechtssichere Aussage erhalten, ob die Kommunalverfassung nun mit all ihren Paragraphen generell gilt oder ob Verwaltungsbeamte durch schnelle Vollzugshandlungen die Kommunalverfassung außer Kraft setzen können. Die Antwort wird keinen Einfluss mehr auf den Status der Stadtwerke haben, ist aber für alle zukünftigen Privatisierungsbestrebungen in den Kommunen des Landes Brandenburg wesentlich. Im Zuge des geplanten Teilverkaufs unseres Krankenhauses kann diese Frage sehr schnell wieder aktuelle Bedeutung erlangen.

Ingo Paeschke

*Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst*



Im März tagte die Landesregierung in Forst. Vor Beginn der Beratungen besuchte der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister, Helmut Markov (2.v.l.), das Forster Gymnasium und diskutierte mit Schülerinnen und Schülern über aktuelle politische Probleme. Im Anschluss fand mit der Fraktion der LINKEN in der SVV ein Stadtrundgang statt, bei dem wir den Finanzminister mit unseren Vorstellungen zur Innenstadtentwicklung vertraut machten.

Spruch des Monats

»Man muss immer
mit Leuten rechnen, auf die man
nicht zählen kann.«

Willi Ritschard

Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen euch allen, die ihr sehnsüchtig auf die Sonne wartet. Nur sie kann uns noch in dieser eisigen sozialen Kälte, die uns in Stadt und Land umgibt, das Herz und die Seele wärmen. Man munkelt in der Stadt, dass das Forster Kinderparlament endgültig die Faxen dicke habe von der ewigen Abzockerei! Den Abgeordneten, die immer ja sagen, wenn es darum geht, Kindern in die Tasche zu greifen, sollen nun monatlich die Diäten gestrichen werden. Das Geld wird genutzt, um z.B. fehlende Essengeldzuschüsse und Elternbeiträge für einen Kita-Platz zu finanzieren. An Stelle von Geld erhalten diese politischen Laiendarsteller als faire Ausgleich monatlich einen Spruch zum Nachdenken und zum Besinnen. Für April gilt für sie: ...»Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun« (Lukas 23,34)! Weiterhin

sollen die Forster Kinderparlamentarier auch der Meinung sein, dass die in diesem Jahr für einen toten Brühl vorgesehenen 15.000 Euro wahrlich eine Verschwendung sind. Mit diesem Geld ließe sich zwei Jahre eine Erhöhung der Eintrittspreise für das Forster Schwimmbad verhindern. Wer sich das mit dem gräflichen Geld ausgedacht und beschlossen hat, der soll so lange auf Brühl'schen Feldern Rübenverziehen und Kartoffellessen gehen, bis das Geld zusammen ist. Ganz schön clever diese Gören, wa! Ach, hör'n wir lieber auf zu träumen, auch wenn es manchmal eine feine Sache ist, aber eben nur manchmal. Das gilt auch für die engagierten Noßdorfer und ihre Schule. Würdet ihr wirklich auch einen Tischler als Chefarzt einsetzen? Wollt ihr wirklich in einer Leistungsgesellschaft Leistungen jahrelang nicht bewerten und wollt ihr wirklich einen Mehrstufenunterricht gutheißen, den die böse DDR aus guten Gründen 1968 abgeschafft hat? Leute, denkt noch mal nach! Wir drücken euch auf jeden Fall ganz fest die Daumen.

Tschüss, Euer *Schorschel*

AG Soziales der Partei DIE LINKE in Forst feiert Jubiläum

Die immer stärker werdende Notwendigkeit, sich mit sozialen Themen zum Nutzen für die Bürger der Stadt Forst und Umgebung auseinanderzusetzen, veranlasste den Ortsvorstand der Partei DIE LINKE, in Forst eine AG Soziales ins Leben zu rufen, deren Mitglieder verstärkt bei der Lösung dieser sozialen Probleme aktiv werden sollten. 2008 fanden sich fünf Mitglieder und Sympathisanten zur AG Soziales zusammen.

Als Schwerpunktthemen kristallisierten sich bald Probleme bei der Zahlung des Arbeitslosengeldes II, Probleme bei und mit der Grundsicherung im Alter sowie Probleme, die sich aus der Gesundheits-, Drogen- und Behindertenpolitik ergaben, heraus.

Inzwischen ist die Zahl der Mitglieder, die in der AG Soziales mitarbeiten, auf zwölf Personen angewachsen.

Einmal im Monat finden Arbeitstreffen statt. Hier werden aktuelle Themen besprochen, aber auch Anfragen und Anträge für die Parlamente vorbereitet. Auch Informationsveranstaltungen zu sozialen Schwerpunktthemen der Stadt Forst wurden schon durchgeführt.

Die monatlichen Arbeitstreffen sind öffentlich und die Termine werden jeweils im Malxeblatt bekannt gegeben. Interessierte Bürger sind hiermit eingeladen und uns jederzeit willkommen.

Ebenfalls einmal im Monat organisiert die AG Soziales in Forst eine Rechtsberatung mit einem Rechtsanwalt zu allen Themen des Sozialrechts und des Ar-

beitsrechts. Termine dieser anwaltlichen Beratung werden ebenfalls im Malxeblatt veröffentlicht bzw. sind in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE am Max-Seydewitz-Platz zu erfahren.

Regen Zuspruch finden auch die jeden Montag stattfindenden Sprechstunden der AG Soziales. Hier bieten wir den Bürgern nicht nur Hilfestellung bei Problemen mit Ämtern und Behörden an, sondern geben auch Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen oder Hilfe bei nicht verstandenen Bescheiden des Jobcenters.

Bürger, die mit uns das fünfjährige Bestehen feiern möchten, sind **am 1. Juni 2013** in der Zeit von **10 bis 12 Uhr** in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE herzlich willkommen. *Elke Krättsch*
AG Soziales

Ein kleines Stück vorwärts

Nach Jahren ist es unserer Fraktion gelungen, im städtischen Haushalt Mittel für die Instandsetzung der touristischen Radwege durchzusetzen.

Obwohl in der Diskussion die anderen Fraktionen immer noch erhebliche Schwierigkeiten hatten, einem Vorschlag der LINKEN zuzustimmen, waren die weiter zunehmenden Schäden an unseren Radwegen diesmal ausreichend, um 50.000 Euro für Reparaturen bereitzustellen. Bei unseren Anträgen zur Verhinderung von Preiserhöhungen beim Mittagessen in Schulen und Kitas und bei der Erhöhung der Elternbeiträge in Kitas und Horten allerdings waren die Reihen der Ablehner wieder fest geschlossen. Nur Herr Wußmann (DSU), nicht zu verwechseln mit dem Doktor gleichen Namens, stimmte mit uns für unsere Anträge. Damit wird weiter auf Kosten unserer Kinder gespart. Für uns ist dies ein völlig falsches kommunalpolitisches Handeln. Im kommenden Jahr sind Kommunalwah-

len, dann werden wir sicher keine Anhebung von Kosten für die Bürger erleben, schließlich wollen ja viele der heutigen Stadtverordneten wiedergewählt werden.

In der Kommunalpolitik ist es für die Bürger oft schwierig, sich über die inhaltliche Arbeit der Fraktionen zu informieren. Dies könnte sich nun ändern. In der letzten Sitzung der SVV wurden Probeaufnahmen für eine Darstellung der Sitzung im Internet gemacht. Im nächsten Hauptausschuss soll entschieden werden, ob interessierte Bürger zukünftig die Stadtverordnetenversammlung als Aufzeichnung im Internet verfolgen können. Der Kreistag praktiziert dies bereits seit längerer Zeit. Wir sind schon lange für diese Art von Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Mal sehen nach welchen Ausreden andere Fraktionen suchen, um dies zu verhindern.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst

EINLADUNGEN

1. Mai 2013

**Max-Seydewitz-Platz
10 bis 12 Uhr**

**Treff zum Autokorso um 9 Uhr
auf dem Aldi-Parkplatz.**

Alle, die ein Auto, Zeit und Lust
darauf haben,
sind herzlich willkommen!

**Am Mittwoch,
dem 15. Mai 2013,
findet die
Wahl des Ortsvorstandes
für den Ortsverband Forst
um 18:30 Uhr
im Bürgerzentrum Forst statt.**

Dazu möchten wir alle
Genossinnen und Genossen
recht herzlich einladen.

10 Jahre Agenda 2010 – 10 Jahre Armut per Gesetz

Mit der Agenda 2010 haben SPD und Grüne versprochen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und neue Wege auf den Arbeitsmarkt zu eröffnen: durch bessere und schnellere Vermittlung und indem Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs Einstiege in reguläre Beschäftigung schaffen sollten.

Nichts davon ist eingetreten: Es gibt nicht mehr Arbeit, sie wird nur anders verteilt. Mehr Menschen arbeiten in (oft unfreiwilliger) Teilzeit und können davon nicht leben. Rund 8 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich. Viele sind auf ergänzende Leistungen vom Jobcenter angewiesen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Das ist eine Zumutung für die Betroffenen – und bedeutet, dass die Billiglöhne der Unternehmen mit Steuergeldern subventioniert werden. Die Löhne insgesamt sind gesunken: sie liegen heute unter dem Niveau aus dem Jahr 2000, die Preise für Wohnen, Essen, Kultur

sind aber weiter gestiegen.

Die Agenda 2010 hat die Arbeitsmarktlage für Langzeitarbeitslose nicht verbessert. Mehr als die Hälfte derjenigen, die Hartz IV beziehen, hatten auch im Vorjahr Hartz IV bezogen. Über ein Viertel der Vermittelten waren nach drei Monaten wieder im Leistungsbezug: ein »Drehtür-Effekt«. Die Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik sind von 22,1 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 15,4 Milliarden Euro im Jahr 2007 abgesenkt worden (SGB III und SGB II). Die schwarzgelbe Regierung setzt den Kahlschlag nun fort. Dazu werden Leistungen gekürzt und Sanktionen verhängt. Oft zu Unrecht: Rund die Hälfte der Einsprüche gegen Sanktionen hat vor den Gerichten Erfolg.

Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat sich seit 2003 fast verdreifacht: auf mehr als 900 000. Nur 7 Prozent von ihnen werden in reguläre Beschäftigung übernommen. Sie bekom-

men bis zu 50 Prozent weniger Lohn als die reguläre Belegschaft und genießen meist keinen Kündigungsschutz, weil viele Arbeitsverhältnisse – se nicht länger als sechs Monate bestehen.

Die Agenda-Politik hat dazu geführt, dass die Schere von arm und reich sich weiter geöffnet hat. Armut unter Erwerbslosen nimmt zu. Das menschenwürdige Existenzminimum wird klein gerechnet. Hartz IV ist Armut per Gesetz. Die SPD und die Agenda-Parteien sind noch heute stolz auf ihre Politik. Soziale Gerechtigkeit geht anders! Auf den Punkt gebracht: Das Hartz-IV-System muss weg! Stattdessen wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine Erwerbslosenversicherung, die den Lebensstandard sichert. Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro – darunter droht Armut. Und wir kämpfen mit den Gewerkschaften für höhere Löhne und gute Arbeit. **DIE LINKE**

Bescheide über Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II oder dem SGB XII genau prüfen

Es empfiehlt sich leider nach wie vor, dass die Adressaten der oben erwähnten Bescheide, diese nach wie vor genau prüfen. Die Fehlerquote dieser Bescheide liegt weiterhin bei 30 Prozent.

Anmerkungen zu den häufigsten Fehlerquellen:

Die Bescheide sind bereits aus formalen Gründen falsch. So werden Aufhebungs- und Erstattungsbescheide erlassen, ohne dass die Betroffenen hierzu angehört wurden. Die Behörde hat ihr pflichtgemäßes Ermessen fehlerhaft ausgeübt.

Die Anrechnung von Einkünften ist fehlerhaft. Eine Bereinigung der Einkünfte wird unzutreffend vorgenommen. Steuererstattungen stehen nach dem Gesetz beiden Eheleuten zur Hälfte zu und sind auch so zu berücksichtigen. Weist der ALG-II-Empfänger bei einem Einkommen über 400,00 Euro brutto nach, dass er höhere Werbungskosten als 100,00 Euro hat, so sind diese an Stelle des Grundfreibetrags zu gewähren.

Erhält ein ALG-II-Empfänger Aufwandsentschädigungen für gesellschaftliche Tätigkeiten, so beträgt der Grundfreibetrag ab dem 01.01.2013 200,00 Euro.

Es werden nicht die zutreffenden Wohnkosten berücksichtigt. Jobcenter kürzen nach ihren Unterkunftsricht-

linien willkürlich die Leistungen für Unterkunft und Heizung, obwohl ihnen die Rechtswidrigkeit ihrer Unterkunftsrichtlinien bekannt ist. Sie vertrauen darauf, nicht verklagt zu werden. Denn nur wer klagt, hat auch mehr Geld zu erwarten.

Unter Berufung auf eine Entscheidung des BSG werden bei Eigenheimbesitzern und Besitzern von Eigentumswohnungen keinerlei Wohnkosten mehr übernommen. Diese sind nämlich nur dann zu übernehmen, wenn der Betroffene die Fälligkeit nachweist. Die Behörde hofft so, auch diese Wohnkosten einzusparen. Für die Betroffenen bedeutet dies, dass sie ihre Kreditzinsen nicht mehr zahlen können und mit zusätzlichen Mahnkosten konfrontiert werden, weil die Behörde selbst bei Nachweis dieser Kosten, die Kosten erst Monate nach deren Geltendmachung erstattet.

Wegen der weiter anhaltend hohen Fehlerquote der Bescheide kann der Unterzeichner nur empfehlen, dass die Bescheide genau geprüft werden. Im Landkreis Oberhavel geschieht dies beim Ein-Euro-Frühstück. Im Landkreis Spree-Neiße finden regelmäßig Bürgerberatungen im Büro der Landtagsabgeordneten Birgit Wöllert in ihren Büros in Spremberg und Forst statt.

Michael Elte

AG Soziales informiert

Auch im April wird wieder die von der Potsdamer Rechtsanwaltskanzlei Ludwig Zimmermann angebotene Rechtsberatung in den Räumen der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Forst stattfinden.

Allerdings wird diese Rechtsberatung aus organisatorischen Gründen **von Samstag, dem 20.04.2013, auf Donnerstag, den 18. April 2013, vorgezogen.**

Unabhängig davon wird die AG Soziales auch künftig einmal im Monat eine soziale Rechtsberatung organisieren. Bürger, die Fragen zu Themen des Arbeitsrechts und der Sozialgesetzgebung, wie zum Beispiel ...

- dem ALG II und dem ALG I,
 - der Gesetzgebung gesetzliche Krankenversicherung,
 - der Gesetzgebung der Pflegeversicherung,
 - der Gesetzgebung der gesetzlichen Rentenversicherung,
 - dem Schwerbehindertenrecht,
 - der Gesetzgebung des Wohngelds
- haben, sind herzlich eingeladen, diese Rechtsberatung zu nutzen. **Uwe Neuer**

Sprecher AG Soziales Forst

Kranzniederlegung

Dienstag, 8. Mai,

sowjetischer Soldatenfriedhof
GEDENKVERANSTALTUNG
 zum 68. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Armeen der Antihitlerkoalition und Beendigung des 2. Weltkrieges

Newsletter

Agile Stiftung statt schweigende Ministerin

Initiativen gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz stehen finanziell nach wie vor auf wackligen Füßen. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im NSU-Untersuchungsausschuss.

»Seit dem NSU-Schock sind rund eineinhalb Jahre vergangen. Auf dem Gebiet der Prävention hat sich seither nichts geändert, jedenfalls nicht zum Besseren. Die dafür zuständige Familienministerin schweigt stumm, so als ginge es um auswärtige Angelegenheiten. Derweil stehen immer mehr gesellschaftliche Initiativen vor dem Aus. Die Arbeit gesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist endlich verlässlich zu stärken. Zum Beispiel mittels einer agilen Bundesstiftung, die nicht von parteipolitischen Egoisten dominiert wird.«

01.04.2013

Wahlkampfgetöse schwarz-gelb-regierter Länder

»Mehr Realitäts- und Solidaritätsverweigerung gegenüber Menschen in finanzschwachen Bundesländern im Westen und im Osten ist kaum möglich«, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dietmar Bartsch, zu der von Bayern und Hessen eingereichten Klage gegen den Länderfinanzausgleich. Bartsch weiter:

»Der Finanzausgleich zwischen den Bundesländern gilt bis 2019. Er ist Grundlage für den Solidarpakt II und für die Regelungen zur Schuldenbremse. Deshalb wird die Klage von Bayern und Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht keine Chance haben. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben verabredet, über Regelungen nach dem Auslaufen des Länderfinanzausgleichs zu verhandeln. Seehofer und Bouffier müssen ihre Amtskolleginnen und -kollegen nicht vor Gericht dazu verklagen. Komisch nur, dass in Bayern und Hessen in diesem Jahr auch Landtagswahlen sind. Die Hoffnung, per Gerichtsbeschluss finanzielle Vorteile als Wahlgeschenk zu erreichen, wird sich nicht erfüllen.«

25.03.2013

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22
 Di., 16.04.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Mi., 17.04.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
 Di., 23.04.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Mo., 06.05.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
 Mi., 22.05.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
 Di., 28.05.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Nächster Treff »Linksrum«:
 25.04.2013 um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle

Überall ist Pferd drin. Jetzt wurden sogar Schimmel im Tierfutter gefunden.

Erik Wenk

Geburtstag

16.04.: 68 Jahre Peter Kunze
 20.04.: 79 Jahre Gertraud Mahling
 30.04.: 60 Jahre Elke Schubert
 12.05.: 64 Jahre Anita Konzack

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

FDP gesprächsbereit

Bei der seit längerem in der CDU diskutierten Lohnuntergrenze zeigt die FDP überraschend Gesprächsbereitschaft. Um einen Kompromiss zu schließen, fordern die Liberalen vom Koalitionspartner lediglich die Unterstützung bei der Bestrebung, noch vor dem 22. September dieses Jahres eine Wählerstimmenuntergrenze in Höhe von 5,1 Prozent einzuführen.

Björn Brehe

Rechtsberatung

am Donnerstag, dem 18.04.2013,
 ab 14 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN,
 Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung
 telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils
 Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr



Aus »Eulenspiegel« Nr. 4/13

Besserwähler

Nach der Kritik deutscher Politiker am Ausgang der Wahlen in Italien denkt man im benachbarten Europa darüber nach, die anstehenden Wahlen in Bulgarien und Österreich probeweise an das deutsche Wahlvolk zu delegieren.

Michael Kaiser

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.